

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraph-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Bernsprachstelle
Nr. 20.

Amtshafft

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrathes zu Riesa.

Nr. 23.

Mittwoch, 29. Januar 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Seehaus oder durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., bei Abholung am Schalter der Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nahme für die Nummer des Ausgabedates bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasernenstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche auf den Namen **Johann Gottlieb Seime** in **Riesa** eingetragene Grundstück, bestehend aus Wohn-, Scheunen- und Stallgebäude nebst Feld und Wiese, Folium 2 des Grundbuchs für Riesa, Nr. 1 des Brandverzeichnungskatasters und Nr. 32, 70, 258, 263 des Flurkodex für diesen Ort, nach letzterem 1 ha 77, a grob und mit 32,25 Steuereinheiten belegt, geschätzt auf 2620 Mrt. — Pf., soll an hiesiger Gerichtsstelle zwangsweise versteigert werden und ist

der 2. März 1896, Vormittags 10 Uhr
als Aumeldetermin.

ferner

der 21. März 1896, Vormittags 10 Uhr
als Versteigerungstermin.

sowie

der 30. März 1896, Vormittags 10 Uhr
als Termin zu Verkündung des Vertheilungsplans

anberaumt worden.

Die Realbesitzer werden aufgefordert, die auf dem Grundstück lastenden Rückstände an wiederkehrenden Leistungen, sowie Kostenforderungen, spätestens im Aumeldetermine anzumelden.

Eine Übersicht der auf dem Grundstück lastenden Ansprüche und ihres Rangverhältnisses taun nach dem Aumeldetermine in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts eingehen werden.

Riesa, am 29. Januar 1896.

Königliches Amtsgericht.

Abt. Reichelt.

Bekannt gemacht durch den Gerichtsschreiber
Sänger.

Die zur Herstellung von Aufstellungsplänen und Wegen in zwei Vorodenlagern des Truppen-Uebungspfades Zeithain erforderlichen Arbeiten, als:

Loos I: Erd- und Steinseherarbeiten im Lager für das 1. Infanterie-Regiment im Betrage von ca. 18000 Mrt.

Loos II: Erd- und Steinseherarbeiten im Lager für das 2. Infanterie-Regiment im Betrage von ca. 14000 Mrt.

sämtlich einschließlich Materiallieferung, sollen in öffentlicher Verdingung vergeben werden.

Zeichnungen und Verdingungsunterlagen liegen im Geschäftszimmer des unterzeichneten Baumeisters, Dresden-Albertstadt, Administrationsgebäude, Flügel C 1, Zimmer 94 an Wochentagen während der Geschäftsstunden 8—4 Uhr zur Einsicht aus und sind dafelbst Verdingungsanträge gegen Erfüllung der Selbstkosten von **Mittwoch, den 29. Mrt.** ab zu entnehmen.

Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift „Herstellung von Aufstellungsplänen und Wegen auf dem Truppen-Uebungspfad Zeithain“ Erd- und Steinseherarbeiten Loos I bis Loos II bis

Dienstag, den 4. Februar 1896, Vormittags 11 Uhr postfrei an die vorbezeichnete Stelle einzureichen, woselbst die Eröffnung derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter erfolgen wird.

Zuschlagszeit 4 Wochen. Die Anzahl unter den Bewerbern ist vorbehalten.

Dresden, den 27. Januar 1896.

Königlicher Garnison-Baumeister III, Dresden.

Verpachtung des Schlachthofdünfers.

Der im hiesigen städtischen Schlachthofe sich ansammelnde Dünfer (Märgeninhalt, Stalldünfer, Faecie und Schlachtabfälle) soll zunächst auf 1/4 Jahr, vom 8. April bis ultimo Dezember 1896, an den Meistbietenden verpachtet werden. Die Pachtbedingungen können bei der unterzeichneten Verwaltung eingesehen werden, woselbst auch die Pachturten bis 15.

Februar d. J. einzutragen sind.

Riesa, den 29. Januar 1896.

Die städt. Schlachthofverwaltung.

Weizsäcker, Sanitätsdirektor.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Das neueste amtliche Fraktionsverzeichniß des Reichstages ergibt 60 Konservative, 28 Mitglieder der deutschen Reichspartei, 14 Deutsch-sociale Reformparteileiter, 99 vom Zentrum, 19 Peleten, 50 Nationalliberalen, 15 vom Freisinnigen Vereinigung, 24 von der Deutsch-freisinnigen Volkspartei, 47 Sozialdemokraten, 28 sind bei dieser Fraktion. Nur ein Mandat ist erledigt, 5. Koblenz (Wesel-Wertheim) durch die Wandsauer-Niederlegung des Dr. Braubach.

Die „Münch. Allg. Zeit.“ schreibt inspiriert: „Wie bekannt, hat es der Bundesrat abgelehnt, Einladungen zu einer internationalen Währungskonferenz zur Regelung der Währungsfrage ergehen zu lassen, während der Reichskanzler fürst Hohenlohe am 16. Februar 1895 seine Bereitschaft erklärt hatte, in einem „Währungsaustausch über die Mittel zur Abhilfe gegen die Entwicklung des Silbers“ einzutreten, „ohne unserer Reichswährung zu präjudizieren.“ In der Presse wird nun hervorgehoben, daß Württemberg und Baden „direkt ablehnend“ geantwortet hätten, während die bayerische Regierung „sich zu einem solchen energischen Schenke nicht versteht“. Nach unserer zuverlässigen Information lag hierzu auch gar kein Grund vor, weil dem Reichskanzler der Standpunkt der bayerischen Regierung, die an der Goldwährung festhielt und schätzte, ja ohnehin schon genau bekannt war. Wenn nun aber, ohne unserer Goldwährung zu präjudizieren, ein freundlicher Meinungsaustausch über die ungünstige Preisgestaltung des Silbers und über die allerdings anscheinend nicht mögliche Auffindung einer Panacei hiergegen angebahnt werden sollte, so war nach Ansicht der bayerischen Regierung hierbei ein Katalysator zur Anwendung einer besonderen Energie für sie gar nicht gegeben. Für sie und ihre Haltung dürfte auch hier der Wahlspruch „sortiter in re, suaviter in modo“ zur Rechtfertigung gedenkt haben.

Der „Reichsangeiger“ schreibt: Erklärungen, welche der Kriegsminister zur Frage der Volksschullehrer in der Sitzung der Kriegskommission vom 24. d. M. abgegeben hat, sind zum Theil unrichtig in der Presse widergegeben worden. Tatsächlich ist folgendes: Auf die Frage eines Abgeordneten, ob es in der Absicht länge, den Seminarabiturienten die Berechtigung zum einste. Dienst beigelegen, erwiderte der Kriegsminister: „Gemäß der unter dem 27. Januar 1895 ausgeprochenen Allerhöchsten Willensmeinung ist die Dienstzeit des Volksschullehrer jetzt definitiv dahin geregelt, daß sie fortan auf die Dauer eines ganzen Jahres aufgedehnt werden soll. Dies kann im Hinblick auf die Bedürfnisse der Unterrichtsverwaltung aber nicht zugleich zur Ausführung kommen. Es wird vielmehr ein Übergangsstadium geschaffen

werden müssen. Hierbei bietet das bereitwillige Entgegenkommen des Herrn Kultusministers volle Gewähr, daß spätestens im Jahre 1900 die Einrichtung in vollem Umfang in Kraft treten kann. Im Uebrigen bemerkte ich, daß der Herr Reichskanzler beschlossen und mich zur Mittheilung seines Beschlusses autorisierte hat, daß der erfolgte Besuch eines Lehrer-Seminars die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst längst gewähren soll.“ Auf die fernerre Frage eines zweiten Abgeordneten, wie es mit den Volksschullehrern gehalten werden würde, welche die Mittel zur Aulistung des einjährig-freiwilligen Dienstes nicht nachweisen können, erwiderte der Kriegsminister weiter: „Diese Volksschullehrer werden dann die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst nicht erwerben, sondern auf Staatskosten unterhalten werden. Dabei werden sie aber, wie es schon d. K. geschehen ist und auch ferner beabsichtigt wird, möglichst gemeinsam untergebracht und ausgebildet werden.“

Ein anschauliches Bild unseres Postverkehrs mit Amerika gibt der nachstehende Bericht aus Hamburg: Dem Schiedsgericht „Normannia“ ist bei seiner am 12. Decret ber 1895 von Cagliari ang tratenen Reise nach Amerika im Ganzen eine 1810 Brief- und Zeitungsfäcke umfassende Post zugeführt worden. Es ist dies die stärkste Post, die je als mit einem Dampfschiff über den Atlantischen Ocean von Erdteil zu Erdteil befördert worden ist. Auf der ganzen Überfahrt, namentlich während der ersten Hälfte, herrschte an dauernd so schlechtes Wetter, wie es der Dampfer auf seinen bisherigen Reisen noch nicht angetroffen hatte. Hierdurch wurde der Dienstbetrieb der Seepost bedeutend erschwert, zumal die über das Schiff sich ergiezenden Sturzwellen häufig bis zum Postraum drangen und die Postbeamten durchdrückt. Das Besiedeln von Poststücken nach und von dem Postlade Raum war wegen der vorhandenen Gefahr zwei Tage lang unmöglich. Um nur einigermaßen den Fortgang der Arbeiten zu fördern, mußte das Seepostpersonal an drei Tagen eine Arbeitszeit bis zu 14, 15 und 16 Stunden erhalten! Die Seepost hat auf amerikanische Postanstalten und Bahnposten 95 Brief- und 253 Drucksachenbeute abgesetzt. Die Zahl der bearbeiteten Einschreibebriefe betrug 3736 Stück, die der gewöhnlichen Briefsendungen — außer der sehr starken Drucksachenpost — rund 220000! Die „Normannia“ traf am 21. December in New-York ein; zur Reise von Überbourg bis New-York hatte der Dampfer 7 Tage 18 Stunden gebraucht, mithin über 24 Stunden mehr als durchschnittlich. Während die deutsche Post am 21. December 9.30 Vormittags bereits bei der Quarantine-Station am Eingange zum inneren New-Yorker Hafen von dem Postboot abgeholt und unmittelbar nach New-York überführt wurde, blieb die englische Post noch an Bord bis zur Landung am Pier der Hamburg-

Amerika Linie in Hoboken, wo 21 ½ eispanige Fuhrwerke bereit standen, um die Post schleunig zum Postgebäude in New York fortzuschaffen. Auf diese Weise ist eine unoerträgliche Belastung der durch die Seepost für New-York City nach den einzelnen Stadtpostanstalten schon zuvor geordneten deutschen Post und die unmittelbare Weiterleitung der Durchgangsfrachten noch mit den Mittagszügen ermöglicht worden.

Herzog Georg von Reichenberg hat auf das zur Reichsjubiläum von der Stadt Gräfenhain ihm geänderte Begrüßungstelegramm an deren Bürgermeister folgende Antwort gerichtet: „Den mich erfreuen, durch Sie mir gesandten Gruß der Bürgerschaft der lieben Stadt Gräfenhain erwidere ich herzlich. Es ist leicht, die Aufrichtung des Deutschen Reiches beim Gedächtnis zu feiern, aber schwer, freudig für das Reich die Mittel herzugeben, welche es zu seiner sicheren Erhaltung bedarf. Die richtige Patriotischheit scheut fortgegängen im Süden dargebrachte Opfer nicht. Enthusiasmus versiegt, Pflichttreue und Opferwilligkeit hat Bestand. Georg.“

Bei dem vorgebrachten Diner anlässlich des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers bei dem Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe nahmen die Botschafter, die Gesandten, die Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre, die Direktoren und die Nähe des Auswärtigen Amtes teil. Der französische Botschafter Herbelot als Doyen des diplomatischen Corps brachte den Kaisergruß aus, welchen der Reichskanzler mit einem Hoch auf die hier repräsentirten Souveräne und Staatschefs erwiederte.

Vom Reichstag. Gestern legte man die Beratung des Gesetzes des Reichsamtis des Innern fort. Vor Beginn der Verhandlung teilte der Präsident mit, daß Sr. Maj. der Kaiser die ihm im Namen des Reichstags dargetägten Glückwünsche huldreichst entgegengenommen habe. Zu den Anträgen Hize und Auer, betreffend die Revisiion des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, bemerkte Abg. v. Staudy (konf.), seine Partei werde für den Antrag Hize stimmen, und betonte dabei, daß die Unzufriedenheit mit dem Invaliditätsgeges nicht abgenommen habe. Seine Freunde seien übrigens für die vom Abg. Kamp vorgeschlagenen Bausätze zur Salzsteuer zur Besteitung der Beiträge der Arbeiter für die Invaliditätsversicherung nicht zu haben, empfehlen aber eine Abschaffung des Markensystems. Staatsminister v. Boetticher führte aus, daß er die Mängel des Markensystems anerkenne, und dieses System würde auch in die neuen Vorschläge nicht aufgenommen werden, sobald etwas Besseres dafür gefunden würde. Indessen, es seien auch jetzt in dem neuen Entwurf Verbesserungen des Markensystems enthalten. An der Ansicht, daß das Gesetz immer mehr an Sympathien gewinne, halte er fest, und es sei nicht daran zu denken, daß die Verhinderungen, die wir den Arbeitern